

*Nachdem Präsident Santos sich mit seinen Amtsvorgängern Uribe, Pastrana und Samper getroffen hat, steht fest, dass keine Seite eine Rückkehr zum bewaffneten Konflikt wünscht.*

*Der frühere Staatssekretär im Innenministerium, Juan Fernando Londoño, skizziert am 5.10.2016 in einem Kommentar für SEMANA, wie es weitergehen könnte:*

### **Eine andere Erklärung für das Nein und seine Konsequenzen**

Wenn Sie sich entscheiden müssten zwischen etwas Gutem und etwas noch Besseren, was zögen Sie vor? Ohne Frage entschieden wir alle uns für das Bessere, obwohl wir uns fragen müssten, ob uns das mehr kostet. Wenn man aber versicherte, der Preis sei der selbe, warum dann nicht das Bessere bevorzugen?

Dies war der Grund, weshalb das Nein gewann beim Plebiszit am letzten Sonntag. Sicherlich gab es von allem etwas: Jede Menge Lügen, als stünde Timochenkos Wahl zum Präsidenten an, Verdrehungen zuhauf, als würden der FARC Parlamentssitze in den Friedenszonen automatisch zufallen und unmäßige Drohungen, so als sollte Kolumbien in ein zweites Venezuela verwandelt werden. Aber ich glaube nicht, dass all dies die Meinungen in solch heftiger Form beeinflusst hat, dass alle Vorhersagen am Boden zerstört wurden. Interne Umfragen der Regierung zeigten ein Anwachsen des Nein an und ein paar Tage vor der Abstimmung war bereits klar, dass es von dem Stimmverhalten an der Küste abhängen würde, wenn das Ja gerettet werden sollte. Eine Erwartung, die im wahrsten Sinne des Wortes Schiffbruch erlitt.

Die Erklärung des Resultats liegt darin, dass die Gewinner, wie in einer Demokratie üblich, ein besseres Angebot vorhielten als das der Regierung und der Parteien, die für das Ja warben.

Die Parteien des Ja (ich schließe mich da natürlich ein) meinten, die Entscheidung liege zwischen dem Abkommen und dem Krieg, aber die Wähler glaubten nicht, dass dies die Alternativen seien. Kein Wähler zog weder in Betracht, dass die FARC wieder zu den Waffen greifen würde, noch dass die Regierung den Friedensprozess abbräche, wenn das Abkommen nicht angenommen würde. Da es keine Alternative gab, die gegenüber dem Abkommen eine schlechtere gewesen wäre, existierte nur eine nach Meinung der Mehrheit bessere, ohne dass es ihr riskant erschien, sie auszuprobieren.

Für die Mehrheit der Kolumbianer ist der Krieg schon Vergangenheit. Bereits der von der FARC erklärte einseitige Waffenstillstand reduzierte die Gewaltakte, die sich aus dem bewaffneten Konflikt ergaben. Dann, im Juli, erfolgte die Unterschrift der Vereinbarung über das Ende des Konflikts, weithin ausposaunt als „der letzte Tag des Krieges“, und schließlich folgten die Verabschiedung der Schlussvereinbarung im August und ihre Unterzeichnung in Cartagena – all das überzeugte die Bürger, dass die Rückkehr zum Krieg keine Option ist, die zur Debatte steht.

Nun ist die Sache ausgestanden, und wir müssen nun sehen, wie wir aus dieser Situation eine Chance machen können, wie es der Präsident zum Ausdruck brachte.

Dafür bedarf es einer Prämisse, und zwar der, dass das Nein ein Angebot darstellt, eine bessere Vereinbarung zu basteln und nicht die getroffene zu widerrufen und den Friedensprozess nicht abubrechen. Wir müssen den Neinsagern glauben. Zweifellos gab es unter den Neinsagern auch solche, die die Sache mit Waffen zu Ende bringen wollen, aber keiner ihrer Anführer ist für diese Option. Alle haben versichert, dass sie das Abkommen verbessern wollen. Also ist die Frage: Wie kann man die Vereinbarung verbessern und wie akzeptabel sind einzubauende Modifizierungen?

Wenn wir den Aussagen während der Kampagne Glauben schenken, dann konzentrieren sich gewünschte Verbesserungen am Abkommen auf die Justiz. Das ist der springende Punkt bei

eventuellen Nachverhandlungen. Nehmen wir für einen Moment an, dass die Gespräche neu eröffnet würden und versuchen wir zu spekulieren, ob die Vereinbarungen in diesem Punkt modifiziert werden könnten.

Wenn die Wortführer des Nein ihre Vorschläge abmilderten, wie sie es bereits nach ihrem Sieg andeuteten und wenn sie ihre populistische und verlogene Sprache sein ließen, dann ließe sich eine Minimalagenda für Gespräche mit der FARC aufstellen. Dafür müssten sie akzeptieren, dass sie selbst es sein müssten, die entsprechende Vorschläge der FARC zu unterbreiten hätten und direkt mit ihr reden müssten. Gewiss werden die Dinge, die sie der Guerrilla unterbreiten können, anders aussehen als jene, die sie während ihrer Kampagne vortrugen, wenn nicht, wäre ein Dialog nicht führbar.

Angesichts des Vorhandenseins einer neuen politischen Realität ist es notwendig, zu einem Abkommen zu gelangen, das die Wortführer der Nein-Kampagne einschließt, dazu ist ein direkter Dialog eine Formel auf kurze Sicht.

Voraussetzung für einen solchen Dialog ist, dass dabei um Verbesserungen am Friedensvertrag geht und nicht darum, wie das Vertrauen von Investoren zurückzugewinnen sei und um andere Spitzfindigkeiten, die Senator Uribe vom Stapel lässt, denn es wurde ja nicht über ein Regierungsprogramm, sondern über das Abkommen abgestimmt.

Sollten die Bemühungen um einen neuen Verhandlungsversuch fruchtlos bleiben, weil die Gruppierungen des Nein, besonders der Anhang von Uribe, zum Beispiel darauf bestehen, dass die Chefs der Guerrilla ins Gefängnis müssen, oder dass der Drogenhandel nicht mehr als Folgedelikt anzusehen ist, oder dass den Guerrilleros verboten wird, sich politisch zu betätigen, wird der Dialog ersterben. Derartige Slogans, die sich in der Kampagne als nützlich erwiesen, werden nicht dazu dienen können, zu einem neuen Abkommen zu gelangen.

Sollte kein neues Abkommen möglich sein, bleiben zwei Wege.

Der erste bestünde darin, dass der Präsident seine normalen und speziellen Befugnisse, die ihm die Verfassung zuerkennt anwendet, um das Vereinbarte umzusetzen. Gemäß dem normalen Verfahren könnte er dem Kongress Gesetzesvorlagen zuleiten, um die Übergangsjustiz einzurichten. Als Ausnahmeverfahren, unter Anwendung seiner speziellen Befugnisse, müsste er dann die Schritte zu Demobilisierung und Waffenübergabe einleiten. Auf diese Weise nützte der Präsident seine Befugnisse, um den Frieden zu garantieren, wie es das Urteil des Verfassungsgerichts klarstellt. Es ist besser, einen Präsidenten mit nur 10% Zustimmung zu haben, aber ein Land im Frieden, anstatt einer Popularität von 40% in einem Land im Schwebezustand.

Die zweite Option besteht im Aufbau eines Mechanismus` zur internationalen Vermittlung, um damit zu einem neuen Abkommen zu gelangen. In diesem Fall müsste die begleitende Rolle der UNO verändert werden hin zu einer Organisation, die zu garantieren hätte, dass die Chance zum Frieden nicht verlorenggeht. Die Vereinbarungen basieren auf einem bilateralen Dialog zwischen Regierung und FARC, aber wenn dies sich als nicht gangbar erweisen sollte, dann muss man über Mechanismen nachdenken, welche den Rückfall in den Krieg unmöglich machen.

Wir alle wissen, wie schwierig es werden wird, einen solchen Weg erneut herzustellen, aber was sich bis jetzt herausgestellt hat, ist der Konsens, dass die Rückkehr zur Konfrontation keine Alternative ist. So, wie es diejenigen annahmen, die mit Nein gestimmt haben.